

# Vielfältiger Antifaschismus

Lehrkräfte zeigen Haltung gegen Rechtspopulismus und Solidarität mit den von der AfD angegriffenen Kolleg\_innen

Der Parteitag der Hamburger AfD in der Beruflichen Schule für Medien und Kommunikation (BMK) am Freitag, 10. Januar wurde begleitet von bunten und vielfältigen Aktivitäten.

Nachmittags fand ein Schulfest „Vielfalt statt Einfalt“ statt, zu dem sich Eindrücke unter bmk-hh und dem #medienschule finden. „Wir sind eine multikulturelle Schule, viele Flüchtlinge erwerben bei uns einen Schulabschluss, mit dem sie in eine Ausbildung gehen können“, so der Schulleiter.

Abends beteiligten sich gut 1000 Menschen an einer Gegenkundgebung und Demonstration des Hamburger Bündnis gegen Rechts unter dem Motto „Unsere Wahl heißt Antifaschismus!“, auf der u.a. Jule Klemme von der

GEW Betriebsgruppe der Max-Brauer-Schule redete.

Die AfD kritisierte diese Aktivitäten als „schändlich für unsere Demokratie“. „Dass die AfD ein Schulfest und eine Kundgebung als ‚schändlich für unsere Demokratie‘ bezeichnet, sagt eine Menge über deren Demokratieverständnis aus und macht deutlich, dass sie alles verbieten möchte, was ihr nicht gefällt. Im Gegensatz dazu sind genau solche Feste und demonstrativen Aktionen Teil lebendiger und gelebter Demokratie. Diese Partei mag demokratisch in die Bürgerschaft gewählt sein, vertritt jedoch offensichtlich undemokratische Haltungen und wird hoffentlich im Februar aus der Bürgerschaft gewählt“, kommentiert Fredrik Dehnerdt, der

stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg.

In diesem Kontext erfreulich ist zudem eine weitere Solidaritätserklärung mit der Max-Brauer-Schule, diesmal von der Personalversammlung der Staatlichen Fachschule für Sozialpädagogik (FSP II). Die Max-Brauer-Schule geriet ins Visier der AfD, nachdem dort eine Veranstaltung der GEW-Betriebsgruppe unter dem Titel „Wie gefährlich ist die Antifa?“ stattfand. Die AfD wollte diese verbieten, was von Seiten der Behörde zurückgewiesen wurde. In der Erklärung heißt es u.a.: „Angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen durch Klimawandel, rassistischen Terror oder soziale Ungleichheit sind engagierte Lehrkräfte



unerlässlich. In Anbetracht von Fake-News, Verschwörungs-ideologien oder menschenfeindlichen Enthemmungen brauchen wir Schulen mit Courage.“ Dem schließt sich die GEW an!

GEW WEBSITE

## mutig

Anstatt im Unterricht zu sitzen, versammelten sich um die 100 Schüler\_innen der Max-Brauer-Schule, um gemeinsam zu protestieren. Bei einer Info-Veranstaltung zur Bürgerschaftswahl sollte Alexander Wolf, Fraktionsvorsitzende der AfD-Bürgerschaftsfraktion, auftreten – doch der Schüler\_innen-Protest vergraulte den ungebetenen Gast ziemlich schnell. (s. zur Person Alexander Wolf hlz 11/2020, S. 34/35). Ein mutiges Vorgehen in einer rechtlich komplizierten Lage.



Foto: BG Max-Brauer-Schule

## HAMBURGER SCHULWESEN

# Vom PISA-Schock bis heute

Eine bildungspolitische Bilanz der letzten 20 Jahre

Aus Sicht der Behörde für Schule und Bildung (BSB) ist die Entwicklung des Hamburgischen Schulwesens der letzten Jahre eine Erfolgsbilanz. Von den benachteiligten Schüler\_innen ist dabei kaum die Rede. Aus unserer Sicht muss sich eine schulpolitische Bilanz aber daran messen lassen, wie weit es gelungen ist, Benachteiligungen zu reduzieren und gleiche Bildungschancen für alle Schüler\_innen zu garantieren, unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft und unabhängig davon, in welchem Stadtteil sie leben und welche Schule sie besuchen.

### Die Problemlage

Die Schulpolitik in Hamburg

ist noch immer vom gesellschaftlichen Klima nach dem gescheiterten Volksbegehren für Eine Schule für alle und dem gescheiterten Volksentscheid für die Primarschule geprägt. Das Dogma der Schulpolitik lautet: Die Einzelschule ist für die Qualität der schulischen Ergebnisse verantwortlich.

Die Schulbehörde und ihre Leitung nehmen die Verantwortung, die sie für ein gerechtes Bildungswesen haben, das allen Schüler\_innen gleiche Chancen eröffnet, nicht wahr. Steuerung wird zugunsten eines reduzierten Verständnisses von selbstverantworteter Schule aufgegeben. Schulen in sozialen Brennpunkten und Stadtteilschulen haben

größere Probleme, qualifiziertes Personal zu finden, weil die Arbeitsbedingungen durch die höheren Herausforderungen, die an diesen Schulen oft existieren, für viele Lehrkräfte nicht konkurrenzfähig sind. Die Behörde steuert nicht und die Schule übernimmt nicht. Leistungsvergleiche, Rankings und zentrale Prüfungen dominieren den Blick auf Schule.

Durch die Fixierung auf Mittelwertvergleiche gerät den Verantwortlichen die prekäre Lage derjenigen, die den Anschluss verlieren, aus den Augen. Schulen und Stadtteile in benachteiligten Lagen werden besonders stark mit der Aufgabe der Integration und Inklusion betraut.